Verband für Schiffbau und Meerestechnik e. V.:

Auftragsboom im Containerschiffbau auf deutschen Werften sichert Arbeitsplätze für weitere 2 - 3 Jahre

Nach einem enttäuschenden ersten Halbjahr 2003 brachte das dritte Quartal die Wende im Auftragseingang bei den deutschen Werften. Bis zum 30.09.2003 konnten in diesem Jahr 51 Schiffe mit € 2,1 Mrd. akquiriert werden. Bis zum Ende des Jahres - November/Dezember sind traditionell die auftragseingangsstärksten Monate - werden noch weitere 50 Schiffe mit einem Auftragswert von rund € 1,5 Mrd. als Akquisition erwartet. Damit wird sich der Auftragsbestand der deutschen Werften wieder auf rund 175 Schiffe mit ca. € 7 Mrd. erhöhen. Das heißt Beschäftigung für 2 - 3 Jahre.

Ein guter Auftragsbestand Ende 2000, der durch eine erfolgreiche Schiffbaupolitik der deutschen Bundesregierung ermöglicht wurde, hat die Beschäftigung auf den Werften bis heute nicht einbrechen lassen. Die Bundesregierung hat auch im Sommer 2002 in Brüssel und Berlin wieder erfolgreich die Weichen stellen können.

Bundeskanzler, Wirtschaftsminister und Maritimer Koordinator haben im vergangenen Jahr mit Nachdruck im Ministerrat in Brüssel durchgesetzt, dass

- die **Klageerhebung** der EU vor der Welthandelsorganisation (WTO) wegen Gewährung von verbotenen Subventionen durch die koreanische Regierung an ihre Werften erfolgte und
- eine **befristete Schutzmaßnahme** für die europäischen Werften für die Zeit vom 24. Oktober 2002 bis zum 31.03.2004, dem voraussichtlichen Zeitpunkt des Urteilsspruchs der WTO, ergriffen wurde.

Klage und Schutzmaßnahme sind sich ergänzende Teile der europäischen Schiffbaupolitik, die zum Ziel hat, die Subventionen im Weltschiffbau abzubauen. Die derzeit laufende Erarbeitung eines neuen OECD-Abkommens für den Schiffbau wird den Spruch der Welthandelsorganisation mit Sicherheit berücksichtigen.

Die befristete Schutzmaßnahme erstreckt sich auf eine zulässige Neubauförderung in Höhe von 6 % des Auftragswertes für die nachweislich am stärksten durch die koreanische Niedrigpreisoffensive geschädigten Marktsegmente (Containerschiffe und einige Spezialtankertypen).

Die Bundesregierung hat für diese "befristete Schutzmaßnahme" im Herbst 2002 Programmmittel für drei Jahre mit einer Dotierung von jährlich € 24 Mio. in den Haushalt eingestellt. Die gesamten Komplementärmittel der Küstenländer betragen € 48 Mio. p. a. (Länderanteil).

Diese Politik hat in den vergangenen Monaten "gegriffen", soweit die Küstenländer den Länderanteil für Akquisitionen ebenfalls bereitgestellt haben. Diese Bereitstellung ist Voraussetzung für die Gewährung der Bundesmittel.

In den Küstenländern Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein war dies der Fall. Hamburg bildet die einzige Ausnahme, obwohl der Senat auf die Brisanz einer Hinhaltepolitik und der daraus resultierenden Planungsunsicherheit für die Werften rechtzeitig hingewiesen worden ist.

Vor dem Hintergrund einer derart erfolgreichen Akquisition, die jedoch mit dem Jahresultimo wohl zunächst ihr Ende finden wird, von einer "Werftenkrise" zu sprechen, wie einige Printmedien jüngst titelten, ist daher sicherlich abwegig. Statt Werftenkrise muss es heißen "Vertrauenskrise in die Schiffbaupolitik der Freien und Hansestadt Hamburg". Nur in diesem Bundesland haben Werften keine Planungssicherheit für die Akquisition und geraten in krisenhafte Situationen.

Hamburg, 30.10.2003

Für Nachfragen steht Ihnen zur Verfügung:

Dr.-Ing. Werner Schöttelndreyer

Tel. (040) 28 01 52-22
Fax (040) 28 01 52-30